



Sommerklausur der GGG NRW

Der GGG-Landesvorstand im Gespräch mit Dilek Engin MdL (SPD)

Neben anderen Fragen der Schulpolitik in NRW war die Evaluation und Weiterentwicklung des Schulkonsenses zentrales Thema der diesjährigen Sommerklausur in Bad Sassendorf vom 18. bis 19. August.



Rainer Dahlhaus
Mitglied im GGG
Landesvorstand
NRW

RAINER DAHLHAUS

Der 2011 von CDU, SPD und Grünen beschlossene Schulkonsens hatte zum Ziel, im Bereich der allgemeinbildenden weiterführenden Schulen ein Schulsystem zu entwickeln, „das der Verschiedenheit der Kinder und Jugendlichen gerecht wird: vielfältig – hinsichtlich der Bildungsgänge; umfassend und regional ausgewogen – hinsichtlich der Erreichbarkeit für die Schülerinnen und Schüler sowie der Bedeutung von Schule als Standortfaktor für die Kommunen, die Eltern und die örtliche Wirtschaft“.

Zugleich wurde der Verfassungsrang der Hauptschule gestrichen und die Sekundarschule als „kleine Schwester der Gesamtschule“ (Sylvia Löhrmann) auf den Weg gebracht. Diese Leitlinien, so die Vereinbarung, wurden für den Zeitraum bis 2023 verabredet und sollten nicht einseitig aufgekündigt werden. Damit läuft dieser

Schulkonsens in diesem Jahr aus: Wie stellen sich die Parteien die Evaluation und Weiterentwicklung des Schulkonsenses vor?

Inhaltliche Vorbereitung

Von den schulpolitischen Sprecherinnen der CDU, der SPD und der GRÜNEN wollte der Landesvorstand erfahren, wie der Diskussionsstand in den Fraktionen dazu ist. Es sollte auch die Erwartung der GGG an die Evaluation des Schulkonsenses durch das MSB besprochen werden, den Schulkonsens weiterzudenken. Zur Vorbereitung auf die Diskussion stellte Werner Kerski aktuelle Daten zur Situation der Sekundarschulen vor, insbesondere hinsichtlich von Schulen mit weniger als 69 Anmeldungen bzw. mehr als 100 Anmeldungen.

Einigkeit bestand, dass eine rechtliche Vorgabe erforderlich ist, die einen Prüfauftrag zur Umwandlung von Sekundarschulen in

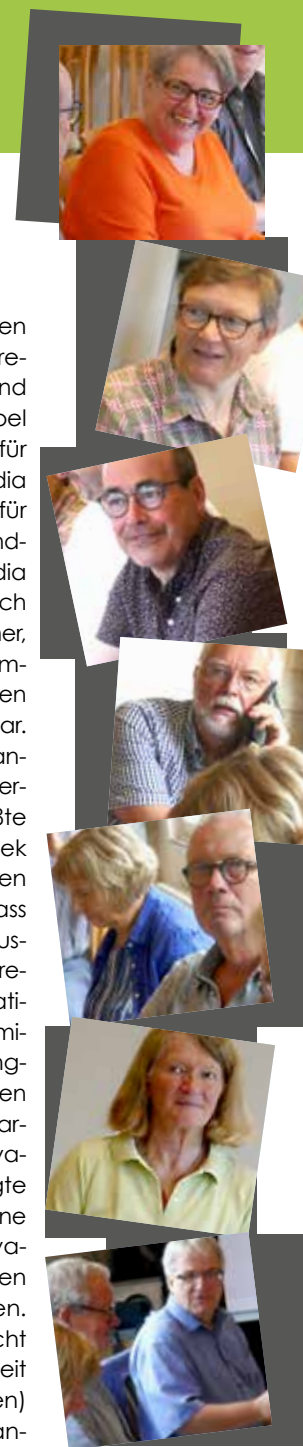
Gesamtschulen umfasst, wenn in mehreren Jahren mehr als 100 Erstanmeldungen an einer Schule vorliegen. Ein Prüfauftrag hinsichtlich der Standortsituation einer Sekundarschule mit weniger als 69 Erstanmeldungen wird ebenso für notwendig gehalten. Dabei könnte eine Lösung darin bestehen, zwei benachbarte Sekundarschulen in eine Gesamtschule mit Dependance umzuwandeln.

Die GGG will den Schulkonsens weiterdenken. Wir fordern nach wie vor ein Abschulungsverbot. Auf dem Weg dahin sollten hilfsweise dazu wirksame Regelungen zur Kultur des Behaltens formuliert werden, etwa durch eine Veränderung des § 132c SchulG, so dass auch Gymnasien RS- und HS-Bildungsgänge einrichten, wenn das gegliederte System nicht mehr vollständig ist. Aus der derzeitigen Kann-Vorschrift muss aus Sicht der GGG eine Verpflichtung werden.

Wir fordern nach wie vor eine Einbeziehung des Gymnasiums in die Inklusion - sowie Regelungen zur Sicherung ausreichenden Personals an den inklusiv arbeitenden Schulen. Und wir fordern weiterhin einen wirksamen, die Belastungen der Schulen angemessen darstellenden Sozialindex, der diesen Schulen zu ausreichenden zusätzlichen Personalressourcen verhilft.

Gespräch mit Dilek Engin, MdL (SPD)

Für die Videokonferenz waren Dilek Engin MdL', die SPD-Sprecherin im Ausschuss für Schule und Bildung, Lena Zingsheim-Zobel MdL', die GRÜNE Sprecherin für Schule und Bildung sowie Claudia Schlottmann, die Sprecherin für Schule und Bildung der CDU-Landtagsfraktion, eingeladen. Claudia Schlottmann sagte, wie eigentlich auch in der Vergangenheit immer, frühzeitig ab. Lena Zingsheim-Zobel war aus familiären Gründen kurzfristig leider nicht erreichbar. Mit ihr wird als Ersatz für die Veranstaltung eine Videokonferenz vereinbart werden. So begrüßte Andreas Tempel als einzige Dilek Engin zur Diskussion um den Schulkonsens. Sie betonte, dass der Schulkonsens in der Tat ausläuft und von Seiten der Landesregierung dazu bisher keine Initiativen erfolgt sind, obwohl Schulministerin Dorothee Feller ursprünglich dazu für Januar 2023 einladen wollte. Bezogen auf die Erwartung, dass der Schulkonsens evaluiert werden müsste, kündigte Dilek Engin an, im September eine entsprechende Anfrage zur Evaluation und Fortführung in den Landtag einbringen zu wollen. Denkbar wäre aus ihrer Sicht auch, die Thematik in die Arbeit der (nicht öffentlich tagenden) Enquetekommission zur „Chan-





Regel Informationsaustausch und spannende Diskussionen bei der Klausurtagung in Bad Sassendorf

Alle Fotos
Werner Kerski

„Gleichheit in der Bildung“ einzubeziehen, die aktuell mit ihrer Arbeit beginnt.

Aus dem Landesvorstand wurden darüber hinaus folgende Themen angesprochen:

- Gegenstand der Evaluation des Schulkonsenses sollte insbesondere auch die Situation der Sekundarschulen sein, inklusive der Verpflichtung zur Umwandlung großer Sekundarschulen in Gesamtschulen;
- als Einstieg in ein Abschlussschlussverbot muss § 132c von einer Kann- in eine Muss-Regelung verändert und auf Gymnasien ausgeweitet werden, um das leidige Abschulen aus dem selektiven in das integrierte System zu beenden;
- das Thema Inklusion muss Teil eines fortgeschriebenen Schulkonsenses werden;
- die Beförderungsstellensituation an integrierten Schulen muss abgesichert und erweitert werden;
- der Lehrkräftemangel muss nachhaltig bekämpft werden, u.a. sind die Möglichkeiten einer dualen Lehrerausbildung zu prüfen.

Engin Dilek ging insbesondere auf die Inklusionsthematik und die besondere Problematik der Systemsprenger in den inklusiven Klassen ein. Sie wies darauf hin, dass die SPD Förderschulen akzeptiert, aber auch die Gymnasien in der Pflicht sieht, sich vollumfänglich an der Inklusion zu beteiligen. Sie wies zudem darauf hin, dass die SPD-Fraktion als weitere Ansprechpartnerin mit Silvia Gosewinkel eine Inklusionsbeauftragte benannt hat, die auch Mitglied im Schulausschuss ist.

Hinsichtlich der vorgetragenen Forderungen der GGG gab es im Gespräch mit Engin Dilek keinen Dissens und so endete das Gespräch mit der Vereinbarung, sich in schulpolitischen Fragen weiterhin gegenseitig zu unterstützen.

Die GGG NRW ist gespannt, in welcher Weise das Thema „Evaluation und Weiterentwicklung des Schulkonsenses“ auch von anderen Parteien aufgegriffen wird. ◀